

Kurzfristige Aktivitäten konzentrieren sich auf die Gründung von Institutionen auf nationaler Ebene. Langfristig ist ein stärkeres Engagement seitens der Legislative und der Justiz angestrebt. Es ist geplant, Nichtregierungsorganisationen, religiöse Gruppen und Medien dabei einzubeziehen. Innerhalb eines Rahmens von 10 Jahren sollen weitere Maßnahmen umgesetzt werden:

- das Etablieren von Strategien für Umwelt- und Ressourcenmanagement;
- Verbinden von Umweltbelangen mit nationaler und regionaler Wirtschaftsplanung;
- Organisation nationaler Mitwirkung an und Einhaltung von multilateralen Umweltabkommen;
- Einhalten eines Minimums an Umweltstandards hinsichtlich der Qualität der Umwelt auf nationaler Ebene;
- Übernahme von Verantwortung für spezielle Systeme wie z.B. Naturschutzgebiete, den Abbau von Mineralien.

Viele der genannten Aktivitäten wurden von internationalen Akteuren angestoßen und vorangetrieben. Dies ist jedoch nicht nur in Afghanistan so, sondern

bei vielen Transformationsstaaten, da oftmals die ministerielle Infrastruktur neu entstandener Staaten solche komplexen Themen nicht im erwünschten Zeitrahmen aufgreifen kann. Allerdings haben sich bis dato in Afghanistan keine hervorstechenden Akteure herausgebildet und kein Politiker und keine Partei setzen sich öffentlichkeitswirksam mit der Thematik des Klimawandels auseinander.

Eine Organisation, die in diesem Zusammenhang genannt werden sollte, ist die „Afghan Organization of Human Rights and Environmental Protection“ (AOHREP). Die Organisation wurde im Jahr 2000 gegründet und ist landesweit aktiv. Die Organisatoren kamen erstmals im Mai 2007 mit Vertretern des afghanischen Parlamentes in Kontakt, um in der „Arbeitsgruppe Umwelt“ über Umweltprobleme und speziell auch den Mohnanbau zu diskutieren. Abschließend kann festgestellt werden, dass das Thema „Klimawandel“ von afghanischen Entscheidungsträgern noch nicht ernsthaft aufgegriffen wurde und daher auch noch keine bedeutenden Akteure ins sozio-politische Geschehen eingegriffen haben.

ZENTRALASIEN: ALTLASTEN AUS DER SOWJETZEIT BESTIMMEN DIE UMWELTAGENDA

Michael Winzer

Die Bezeichnung Zentralasien bezieht sich im folgenden Text auf die Länder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan.

Als globales Phänomen ist der Klimawandel auch in Zentralasien nachweisbar. Seit Anfang der 1970er Jahre gibt es in der Region einen deutlich messbaren Anstieg der Jahresmitteltemperaturen, der sich von den vorhergehenden Entwicklungen abhebt. Aufgrund der langjährigen Entwicklung ist daher eine systematische Erwärmung auch in Zentralasien feststellbar. Die zusätzlich eingetretene Gletscherschmelze und der verstärkte Wasserabfluss in der Region bestätigen diesen Befund.

Die Erwärmung in Zentralasien ist deutlich stärker als im globalen Mittel. Der durchschnittliche globale Temperaturanstieg betrug nach Schätzung des Weltklimarats +0,47 Grad. Für Zentralasien ergibt sich hingegen für den gleichen Zeitraum ein Anstieg der

Jahresmitteltemperaturen von +1,15 Grad bis +2,1 Grad. Die Erwärmung des Klimas im Innern des asiatischen Kontinents fällt somit drei bis vier Mal stärker aus als im globalen Mittel.

Aufgrund der schwachen Industrialisierung und des noch geringen Grads wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere der Länder im Süden Zentralasiens sind diese noch weit von den durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen von Treibhausgasen der zehn Länder mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen entfernt. Bei den CO₂-Emissionen steht insbesondere zunächst für Kasachstan aufgrund seiner in Zentralasien am weitesten fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung in Zukunft eine Diskussion zur Verringerung von CO₂-Emissionen an. Bei der Verursachung von Treibhausgasen spielt die Region insgesamt im Vergleich zu den Industrieländern keine herausragende Rolle. Erst eine stark wachsende und über mehrere Jahre nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region würde eine breite Diskussion über Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen anstoßen können und müssen.

Durch die Austrocknung des Aralsees, was insbesondere auf die Intensivierung des Bewässerungsfeldbaus zurückzuführen ist, sind bisher schätzungsweise bis zu 52.000 Quadratkilometer ehemaliger Seefläche – jetzt Sandfläche – freigelegt. Diese führen nun zu vermehrten Sand- und Staubstürmen. Auf diese Weise wurden in der Zeit von 1970–1990 aus dem Trockenboden des Aralsees und des Karabaz-Gols (Bucht am Kaspischen Meer) schätzungsweise bis zu 2,8 Milliarden Tonnen Feinstaub und Feinsalz in die Atmosphäre der Nordhalbkugel befördert. Da diese Aerosole sehr leicht sind, können sie in sehr große Höhen gelangen und so einen Beitrag zum Treibhauseffekt leisten. Der Beitrag dieses Phänomens zum globalen Treibhauseffekt dürfte jedoch sehr gering sein.

WAHRGENOMMENE AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS IN ZENTRALASIEN

Als Hauptfolge des Klimawandels in Zentralasien wird vielfach die zunehmende Wüstenbildung und die damit einhergehende Vernichtung von fruchtbarem Ackerland gesehen. Hauptursache der Wüstenbildung ist jedoch in erster Linie der oft nicht nachhaltige Umgang mit Ressourcen und insbesondere die teilweise mangelhafte Wasserwirtschaft. So wurde beispielsweise in den 1960er Jahren der bewässerungsintensive Baumwollanbau in Usbekistan stark ausgeweitet, was mit ein Grund für die Austrocknung des Aralsees ist. Eine Mitschuld des Klimawandels bei der Wüstenbildung wird vermutet. Bisher gibt es jedoch noch keinen wissenschaftlichen Nachweis für eine mit dem Klimawandel in Zentralasien generell zusammenhängende Veränderung der Niederschlagsmengen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels werden in den zentralasiatischen Staaten vor allem in der Landwirtschaft gesehen. Vielfach ist der Landwirtschaftssektor ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in den zentralasiatischen Volkswirtschaften und beispielsweise im Bereich des Baumwollanbaus auch ein wichtiger Devisenbringer. Daher würden durch den Klimawandel bedingte Änderungen der Niederschlagsmengen, weitere Wüstenbildung und Unwetter den Volkswirtschaften Zentralasiens teilweise großen Schaden zufügen können.

Ein durch den Klimawandel bedingter möglicher Anstieg des Meeresspiegels hingegen hat keine direkten Auswirkungen auf Zentralasien: Keines der zentralasiatischen Länder verfügt über einen Zugang zum Meer – Usbekistan ist sogar ein so genanntes „doppeltes Binnenland“, es hat weder einen direkten noch einen indirekten Zugang zu den Weltmeeren.

AKTUELLER STAND DER DISKUSSION ZUM KLIMAWANDEL

Die Länder Zentralasiens befinden sich immer noch im Transformationsprozess. Die damit einhergehenden politischen und wirtschaftlichen Problemstellungen dominieren die Diskussionen im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich. Dies führt dazu, dass der Klimawandel nahezu nur auf Fachexpertenebene diskutiert wird, das Thema insgesamt aber noch keinen Platz in der breiten politischen oder zivilgesellschaftlichen Diskussion gefunden hat. Ein Umweltbewusstsein, wie es in einigen Industrieländern existiert, hat sich in Zentralasien noch nicht entwickelt.

In Zentralasien ist im Bereich der Wahrnehmung von Umweltproblemen ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen. Im wirtschaftlich am stärksten entwickelten Kasachstan wurde beispielsweise bereits ein Koordinationszentrum zu Fragen des Klimawandels eingerichtet. Dieses Zentrum ist aus der Arbeitsgruppe der von der kasachischen Regierung gegründeten Kommission zu den Fragen der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls heraus entstanden. Weiterhin gibt es in Kasachstan und Usbekistan nationale Umweltprogramme. Im kasachischen nationalen Umweltprogramm ist die Vorbeugung des Klimawandels als eine der wichtigsten Herausforderungen genannt. Auch befassen sich in Kasachstan bereits verschiedene lokale Nichtregierungsorganisationen mit dem Thema Klimawandel.

Das südlich gelegene Tadschikistan ist mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 346 US-Dollar pro Jahr zusammen mit Turkmenistan das Schlusslicht in Zentralasien. Armut und wirtschaftliche Not sind hier in verschiedenen Regionen noch sehr verbreitet. So leben beispielsweise in Tadschikistan mindestens zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Daher spielt die Diskussion um den Klimawandel hier auch nahezu keine Rolle, da ein Großteil der Bevölkerung damit beschäftigt ist, konkrete persönliche wirtschaftliche Probleme zu lösen. Es ist daher nicht zu erwarten, dass in naher Zukunft hier eine Bereitschaft und eine Möglichkeit für den Großteil der Bevölkerung bestehen wird, sich mit globalen und relativ abstrakt erscheinenden Umweltthemen zu beschäftigen.

DIE ROLLE DER POLITIK UND ANDERER AKTEURE BEIM KLIMASCHUTZ

Nach über 15 Jahren Unabhängigkeit befindet sich die Zivilgesellschaft in den meisten zentralasiatischen Staaten noch im Aufbau. Wichtige Themen werden oft von führenden Politikern in die gesellschaftliche und politische Diskussion eingebracht. Insgesamt betrachtet, überlagern in der Politik in Zentralasien andere Themen den Klimawandel. Treibende Kraft zur Stärkung des Themas Klimawandel im politischen Bereich ist die Mitgliedschaft der zentralasiatischen Staaten in internationalen Organisationen, insbesondere bei den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen. Diese Organisationen sind ein wirksames Mittel, um die internationale Diskussion um den Klimawandel auch weiterhin nach Zentralasien zu tragen. Grundsätzlich stehen die zentralasiatischen Staaten den internationalen Bemühungen zum Klimaschutz sehr offen und positiv gegenüber, gehören jedoch meist nicht zu der Gruppe der Länder, die wichtige Initiativen aktiv vorantreiben. Kasachstan hat beispielsweise das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, das kasachische Parlament, das dies grundsätzlich unterstützt, hat eine Ratifizierung jedoch bisher verschoben. Im Bereich der Umweltpolitik stehen grundsätzlich andere konkrete und regional begrenzte Probleme, wie beispielsweise die Wasserversorgung in bestimmten Regionen oder Altlasten aus der Sowjetzeit auf der politischen Agenda.

Trotz der noch nicht voll entwickelten Zivilgesellschaft, gibt es im Umweltbereich Nichtregierungsorganisationen, die sich mit dem Thema Klimawandel auseinandersetzen. In Kasachstan sind beispielsweise 28 Nichtregierungsorganisationen im Umweltbereich tätig. Eine in allen zentralasiatischen Staaten agierende Umweltorganisation ist CAREC, die im Jahr 1999 durch die Regierungen der Länder in Zentralasien, die Europäische Kommission und UNDP gegründet wurde. CAREC versucht beispielsweise durch die Verteilung von Informationsmaterialien an Schulen und Universitäten, mehr Menschen in Zentralasien über den Klimawandel zu informieren und das Thema in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Allerdings ist bei diesem Projekt aufgrund der finanziellen Restriktionen die Reichweite begrenzt. Weiterhin wird auch bei regelmäßig in verschiedenen zentralasiatischen Staaten, oft in Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen, stattfinden Konferenzen und Seminaren das Thema Klimawandel thematisiert.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass das Thema Klimawandel sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft noch nicht vollständig aufgegriffen wurde und noch Ausbaupotential hat. Sowohl der Stern-

Bericht, als auch die veröffentlichten Teile des IPCC-Berichts haben weder in der Politik noch in der Zivilgesellschaft eine in der Bevölkerung wahrnehmbare Diskussion ausgelöst.

AUSBLICK

Aufgrund des weiter fortschreitenden Transformationsprozesses in Zentralasien, der auch in den kommenden Jahren in vielen Regionen weitgehende soziale, politische und wirtschaftliche Veränderungen mit sich bringen wird, ist nicht zu erwarten, dass der Klimawandel in naher Zukunft zu einem bestimmenden Thema in der Politik und Zivilgesellschaft wird. Lediglich einzelne konkrete ökologische Probleme, wie beispielsweise die Austrocknung des Aralsees oder das noch zu Sowjetzeit durch Nuklearmaterial belastete ehemalige Atomwaffentestgelände bei Semipalatinsk in Kasachstan, die direkt nachvollziehbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen haben, werden im gesellschaftlichen Diskurs beachtet. Vor allem in ärmeren Gebieten Zentralasiens stehen konkrete Nöte der Bevölkerung, wie beispielsweise Unterbeschäftigung und Armut der Entwicklung eines Umweltbewusstseins entgegen. Daher ist trotz des messbaren Anstiegs der Durchschnittstemperatur seit den 1970er Jahren in Zentralasien nicht mit einer baldigen breiten Thematisierung des Klimawandels in Politik und Zivilgesellschaft zu rechnen. Das bisher bestehende Nord-Süd-Gefälle wird vermutlich zumindest mittelfristig bestehen bleiben. Im wirtschaftlich stärker entwickelten Kasachstan wird sich vermutlich zuerst eine breite Diskussion zum Klimawandel entwickeln. In den wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern Tadschikistan und Turkmenistan wird es voraussichtlich am längsten dauern, bis der Klimawandel in der Politik und Zivilgesellschaft breit diskutiert wird.

Wichtig für die weitere Bewusstseinsbildung zum Klimawandel in Zentralasien erscheint auch in Zukunft die Integration und Mitarbeit der zentralasiatischen Staaten in entsprechenden internationalen Organisationen sowie der Austausch und die Unterstützung mit und von Industrieländern, die bereits über ein breites Know-how in diesem Bereich verfügen. Die Bildung eines Umweltbewusstseins in den neuen unabhängigen Staaten hat gerade erst begonnen und ist ein längerer Prozess, der nur zusammen mit anderen Entwicklungen im Transformationsprozess einhergehen kann und noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.